

Rede zur Situation im Sozial- und Erziehungsdienst

1. Mai 2022, Frankfurt a.M.

Es kommt mir ein bisschen komisch vor, heute über bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne zu sprechen, angesichts der Verbrechen, die z.B. das türkische Erdogan-Regime gerade in Nord-Syrien und im Nord-Irak an der kurdischen Bevölkerung verübt und den Kriegsverbrechen und dem Terror, die die russische Armee in der Ukraine begeht.

Und doch gibt es eine direkte Verbindung z.B. von Putins verbrecherischem Krieg und der sich verschärfenden Lebensmittelknappheit besonders in Afrika und Südamerika und den steigenden Preisen für Grundnahrungsmittel und Energie auch in Europa.

Und da sind wir wieder bei Themen wie Löhne und Gehälter, auch für den Bereich der sozialen Arbeit und der Kitas und Krabbelstuben.

Die Vorgeschichte

Ende 2021 wurde der Tarifvertrag für den Sozial- und Erziehungsdienst, der für etwa 300.000 Beschäftigte bei den Städten und Gemeinden gilt, von ver.di und der GEW gekündigt.

Bis zum Mai 2022 sollte ein neuer Tarifvertrag durchgesetzt werden.

Stattdessen haben ein paar Latschdemos, Kundgebungen und einzelne kleine Warnstreiks. Eine ernsthafte Mobilisierung in den Betrieben hat z.B. in Frankfurt noch gar nicht stattgefunden.

Dabei gibt es im Arbeitsbereich Sozial- und Erziehungsdienst seit Jahren viele Probleme, die dringend gelöst werden müssen. Das betrifft sowohl unsere Arbeitsbedingungen, die sich während der Corona-Pandemie weiter verschlechtert haben, wie auch die vergleichsweise schlechte Bezahlung in unserer Branche.

Unsere Arbeitssituation

Wir schlagen uns herum mit Personalmangel, Arbeitsverdichtung, mangelnden Vorbereitungszeiten, wir haben für verschiedene Arbeiten keine eingeplante und bezahlte Zeit, arbeiten häufig mit mangelhafter technischer Ausstattung, werden bei einem Stellenwechsel beim Lohn als Berufsanfänger*innen eingestuft, wir müssen oft ohne nötige Fort- und Weiterbildungen unsere tägliche Arbeit erfüllen und bekommen dafür häufig nicht einmal den bescheidenen Tariflohn bezahlt.

Denn wir dürfen nicht vergessen, dass es neben dem miserablen TVöD noch eine Vielzahl von noch schlechteren Tarifverträgen oder kirchlichen Entlohnungsrichtlinien gibt, die alle dringend beseitigt gehören.

Also, die Arbeitsbedingungen sind schlecht, die Löhne bescheiden und die Preise explodieren gerade.

Das letzte Jahr

Im November 2021 hatte die Teuerungsrate in Deutschland mit über fünf Prozent den höchsten Stand seit 30 Jahren erreicht.

In dieser Situation wurde von ver.di und GEW ein neuer Tarifvertrag für die Beschäftigten der Bundesländer unterschrieben, der eine faktische Lohnsenkung für 800.000 betroffene Beschäftigte bedeutet.

Deren Löhne und Gehälter werden in den nächsten zwei Jahren um insgesamt 2,8 % erhöht. **Um 2,8% bei damals schon 5% höheren Preisen.**

Und es gab eine steuerfreie Corona-Prämie.

Der ver.di-Chef Werneke fand, das seien „*spürbare Einkommensverbesserungen*“.

Und hier kommen wir wieder zu unserer aktuellen Situation zurück

Der Abschluss für den öffentlichen Dienst der Länder ist ein drohendes Beispiel dafür, was uns bevorsteht, nur dass die Inflationsrate – auch durch Russlands Krieg gegen die Bevölkerung der Ukraine – inzwischen schon bei 7,5 % liegt.

Wenn wir uns die Energie- und Lebensmittelpreise ansehen, sind die Preise real sogar um 20 bis 150 % gestiegen. Nehmen wir Spaghetti bei Aldi, die sind um mehr als 100 % teurer geworden und das ist, was bei den Familien ankommt.

Eine kleine einstellige Lohnerhöhung für den Sozial- und Erziehungsdienst wäre ein Witz und würde einen drastischen Lohnverlust für die nächsten Jahre bedeuten.

Was fordern wir von der FAU in diesem Bereich? – Ein paar Beispiele

- Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden die Woche bei vollem Lohnausgleich, Arbeitsverdichtung ist auszuschließen.
- der Monatslohn ist um mindestens 500 Euro brutto zu erhöhen
- vor allem die Niedriglohngruppen sind nach oben anzupassen
- die Jahressonderzahlung soll anteilig auch an die Beschäftigten ausgezahlt werden, die vor dem Dezember eines Jahres ihren Arbeitsplatz verlassen
- fällt ein Feiertag auf ein Wochenende, so wie in diesem Jahr der 1. Mai, ist der freie Tag am nächsten Wochentag nachzuholen
- Bei einem Stellenwechsel darf es keine Rückstufung geben, die Berufserfahrung, die vorher irgendwo erworben wurde, muss anerkannt werden.
- Anpassung der Stufenlaufzeiten im Sozial-und Erziehungsdienst an die kürzeren Laufzeiten der übrigen TVöD (= ein Jahr in Stufe 1, zwei Jahre in Stufe 2 usw.).
- Bereitschaftsdienste müssen mit der vollen Arbeitszeit plus den jeweiligen Zuschlägen vergütet werden.
- Anspruch auf bezahlte Fort- und Weiterbildung nach unseren Anforderungen und Wünschen.

Leider besteht derzeit wenig Hoffnung auf die Durchsetzung dieser Forderungen. Der Grund ist, dass weder ver.di noch GEW diese Verbesserungen anstreben und wir von der FAU zahlenmäßig noch nicht stark genug sind, große Träger zu solchen Kollektivvereinbarungen zu zwingen.

Als Freie Arbeiter*innen-Union (FAU) nutzen wir diese Auseinandersetzungen dazu, in den Betrieben mit unseren Kolleg*innen zu diskutieren und neue gewerkschaftliche Betriebsgruppen zu gründen. Wenn ihr keinen Bock auf Lohnverluste und schlechte Arbeitsbedingungen habt, solltet ihr euch mit uns organisieren.